Erfolg braucht Verbündete.

HBE Handelsverband Bayern
Der Einzelhandel

HBE POSITIONSPAPIER

Gewerbesteuer

Handelsverband Bayern –
Der Einzelhandel e.V.
Brienner Straße 45, 80333 München

Dipl.-Bw. Alexander Spickenreuther
Telefon 089 55118-140
Telefax 089 55118-118
E-Mail spickenreuther@hv-bayern.de
Internet www.hv-bayern.de

Stand. 01/2012

AKTUELLE POSITIONIERUNG ZUR GEWERBESTEUER

Das Zeitfenster für eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer hat sich anscheinend schon wieder geschlossen. Trotz intensiver Beratungen über ein neues Modell der Kommunalfinanzierung, das die Gewerbesteuer durch ein kommunales Zuschlagsrecht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzen sollte, halten die Kommunen an der Gewerbesteuer fest. Das ist schade, bleibt damit doch ein Fremdkörper in der deutschen Unternehmensbesteuerung erhalten. Umso dringender sind Korrekturen an der bestehenden Gewerbesteuer notwendig. Das gilt vor allem für die Hinzurechnung von Kosten wie Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben der Regierungskommission, die Streichung dieser ertragsunabhängigen Elemente zu prüfen. Die hieraus für die Kommunen resultierenden Mindereinnahmen sollten Bund und Länder den Kommunen im Ausgleichsverfahren kompensieren. Denkbar wäre ein höherer kommunaler Anteil an der Mehrwertsteuer oder der Verzicht von Bund und Ländern auf ihren heutigen Anteil am kommunalen Grundsteueraufkommen. Aber auch einer einprozentigen Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes würde der Einzelhandel nicht widersprechen, sofern die Hinzurechnungen entfallen. Wir sprechen uns aber gegen den Vorschlag aus, zusätzlich zur heutigen Gewerbesteuer ein kommunales Zuschlagsrecht bei der Einkommensteuer einzuführen. Diese Maßnahme wäre ein sinnvoller Bestandteil einer grundlegenden Reform, nicht aber als zusätzliche Finanzierungsquelle der Kommunen.

Der aktuelle Stand kursorisch:

- Die Diskussion zur Reform der Gemeindefinanzen erreichte einen neuen Höhepunkt mit einer gemeinsamen Erklärung von Bundesfinanzminister Schäuble und den kommunalen Spitzenverbänden vom 3.11.2010, in der von einem Ersatz der Gewerbesteuer Abstand genommen wurde und gleichzeitig vereinbart wurde, zusätzlich ein kommunales Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer zu prüfen.
- Am 18.11.2010 hat der Koalitionsausschuss beschlossen, die Diskussion über Reformen an der Gewerbesteuer in der Regierungskommission weiterzuführen. Zielgerichtet soll überprüft werden, inwieweit die Hinzurechnungen gestrichen werden können und was als Gegenfinanzierung herangezogen werden könnte.
- In der öffentlichen Diskussion taucht am häufigsten einer höherer Körperschaftsteuersatz auf. Im HDE-Steuerausschuss haben die Unternehmen bereits gegenüber dem BMF signalisiert, dass sie nichts dagegen hätten, sofern die Hinzurechnungen fallen.